

mittendrin

Ausgabe 03 / 2014 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Wir wollen hier bleiben!

Schließung der Seniorenfreizeitstätte Spandauer Straße 2 nur verschoben?

Die Seniorenfreizeitstätte Spandauer Straße 2 des Bezirksamtes Mitte ist in Gefahr! Durch das Veto der Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung konnte am 20. Februar ein Beschluss des Bezirksamtes zur Schließung erst einmal verhindert werden. „Damit haben wir erreicht, dass sich jetzt der Ausschuss für Soziales und Bürgerdienste noch einmal mit dem Schicksal der Einrichtung befasst“, erklärt LINKE-Fraktionsvorsitzender Thilo Urchs.

Tiefes Aufatmen bei vielen älteren Bürgern von Berlin-Mitte. „Wir wollen unbedingt hier bleiben“, fordert Bärbel Wagner, „wollen im Oktober den 20. Gründungstag dieser so schönen Einrichtung feiern“. Die 74jährige ehemalige Krankenschwester kommt aus der Weinmeisterstraße zweimal in der Woche in die hellen, gediegen eingerichteten Räu-

me in der 3. Etage des Wohnblockes zum Kartenspielen, Basteln, Tanzen, Feiern und Reden.

Die 88jährige Hildegard Schwenker aus der Mollstraße sieht für diesen Treff keine Alternative in der Umgebung.

„Vor zehn Jahren kam ich hierher, da unser damaliger Klub in der Weydingerstraße zumachte. Das will ich jetzt nicht noch einmal erleben müssen“, hofft die ehemalige Kartenverkäuferin bei der Bahn.

Für fast 200 Senioren aus den Kiezen Heineviertel, Alexanderplatz und Leipziger Straße ist die Spandauer Straße 2 seit



Foto: Jana Mattuschka

Buntes Treiben im Seniorentreffpunkt

Jahren die Adresse für ihr zweites Zuhause. Die Miete, die Betriebskosten und den Raumpfleger für die über 100 Quadratmeter mit hübscher Küche und bequemen Toiletten bezahlt das Bezirksamt. Die wöchentliche Gymnastik mit Dr. Christel Schröder, die

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Wer erfand die „ärztliche Überversorgung“ in Mitte?

Diese Behauptung geistert seit Monaten durch die Stadt. Sie soll das AUS für das Haus der Gesundheit rechtfertigen. Was aber sind die Tatsachen? Carola Bluhm, MdA der LINKEN, fand sie in der Studie, die die Kassenärztliche Vereinigung vorgelegt hat.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

Moabiter Einwohner lassen sich nicht verdrängen!

Aber wenn sie sich wehren wollen, müssen sie ihren Kiez gut kennen: Wem gehören die Häuser? Gibt es Verkaufspläne? Droht Luxussanierung? Die Bürgerinitiative „Wem gehört Moabit?“ schaut genau hin. Rainer Scholz über ihre nachahmenswerten Aktivitäten.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

Wir helfen, wenn nötig, wir raten, wenn erwünscht!

So handeln Angelika und Tahsin. Das wissen die Mädchen und Jungen der Umgebung, die in den Jugendklub Badstraße kommen. Hier können sie unter sich sein, fühlen sich wohl, niemand bevormundet sie. Matthias Herold besuchte sie in ihrem zweiten Zuhause.

Fortsetzung auf Seite 5 ▷

Zum Internationalen Frauentag

Allen Genossinnen und Sympathisantinnen unserer Partei, allen Mädchen und Frauen die herzlichsten Wünsche zum Internationalen Frauentag. Es ist gut, Euch als Mitstreiterinnen an unserer Seite zu wissen. Eure Männer des Bezirksvorstandes, der BVV-Fraktion und der Redaktion der „mittendrin“

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Wochenmarkt kehrt zurück zum Spittelmarkt

Nur noch bis Ende September soll der Wochenmarkt auf dem Hausvogteiplatz bleiben. Dann ist dort Schluss.

Nutzerinnen und Nutzer dieser Einkaufsmöglichkeit müssen aber nicht darauf verzichten. Wie das Bezirksamt auf eine Nachfrage der LINKEN in der Februarsitzung der BVV mitteilte, wird der Wochenmarkt wieder auf dem Spittelmarkt abgehalten. Dort sind die Bauarbeiten beendet und so kann der zwischenzeitlich zum Hausvogteiplatz verlagerte Wochenmarkt an seinen angestammten Platz zurückkehren. Das Bezirksamt hofft, damit auch Beschwerden von Anwohnern des



Hausvogteiplatzes über Lärmbelästigung und Verkehrsprobleme zukünftig zu vermeiden.

Zur Frage, wie viele Menschen im Bezirk Mitte ohne eine Krankenversicherung leben (siehe Drs. 1273), konnte das Bezirksamt keine Auskunft geben. Darüber werden keine Erhebungen geführt. Aber bei den in 2013 durchgeführten Hausbesuchen bei Neugeborenen stellte das Gesundheitsamt fest, dass 90 Neugeborene ohne Krankenversicherung waren. Eine erschreckend hohe Zahl!

Man bedenke nur, wie schwer es ist, ohne Krankenversicherung an ärztliche Versorgung zu gelangen. Natürlich gibt es für Notfälle Lösungen – Rettungsstellen und Krankenhäuser müssen versorgen, Caritas und Malteser halten Hilfsangebote vor. Aber ein ausreichender Krankenversicherungsschutz ist damit nicht gewährleistet. Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Bezirks ist bemüht, für jeden Einzelfall Lösungen zu finden. Die Untersuchungen für den Kita- und den Schulbesuch werden bei allen Kindern, unabhängig von ihrer Krankenversicherung, durchgeführt. Die Problemlage konnte in der Sitzung der BVV nur andiskutiert werden. Die Bezirksverordneten verständigten sich darauf, im Gesundheitsausschuss und im Sozialausschuss das Thema ausführlich zu behandeln.

Was notwendig ist, um einen dauerhaften Krankenversicherungsschutz für diese Menschen zu schaffen, sprengt allerdings den Bezirksrahmen. Hier stehen Land, Bund und EU in der Pflicht, denn es sind zunehmend Bürger aus den Beitrittsländern der EU, die ohne Krankenversicherungsschutz leben.

Elke Reuter

Ergebnisse der BVV

► Anfragen u.a.

Wie viele Stellen erhielt der Bezirk Mitte aus dem für die Jahre 2014/15 aufgelegten Landesprogramm zur Regelfinanzierung von Integrationslots/innen und Stadtteilmüttern? Wie viele der bisher bereits als Integrationslots/innen und Stadtteilmütter in Mitte Tätigen konnten durch die Landesmittel in die Regelfinanzierung überführt werden, wie viele konnten nicht übernommen werden? Was wird das Bezirksamt auch gegenüber dem Senat tun, um entsprechende bedarfsgerechte und auf Dauer finanzierte Strukturen im Sinne des bezirklichen Integrationskonzepte zu schaffen? *DIE LINKE 1267/IV*

Wie viele der im Bezirk Mitte lebenden Menschen sind nach Kenntnis des Bezirksamtes ohne Krankenversicherung, wie viele von ihnen haben die deutsche Staatsbürgerschaft und wie viele der Betroffenen sind minderjährig? Welche Gründe sind aus Sicht des Bezirksamtes ursächlich für den fehlenden Krankenversicherungsschutz? Wie und durch wen wird die medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger ohne Krankenversicherung und insbesondere der betroffenen Kinder und Jugendlichen gesichert? Was ist aus Sicht des Bezirksamtes notwendig, um einen dauerhaften Krankenversicherungsschutz für diese Menschen zu schaffen? *DIE LINKE 1273/IV*

► Überwiesen u.a.

Das Bezirksamt wird ersucht, die Bezirksverordnetenversammlung in die Entscheidungen über die Schwerpunktsetzung und Verwendung der Fördermittel für die neue EU-Förderperiode 2014–2020 einzubeziehen und sie über die Mittelvergabe sowie den Verlauf der Maßnahmen und Projekte laufend zu informieren. *DIE LINKE 1280/IV*

Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE, mit **Rechtsanwalt André Roesener:**

- **An jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und

- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

- **Jeden Mittwoch im Monat**

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen **Karl Schwarz, Michaela Groß und Herbert Butter** von 17.00 bis 19.00

(keine Anmeldung erforderlich) im

LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden

jeden Mittwoch von 09.30 – 11.30 Uhr und **am ersten Montag von 16.30 bis 18.00 Uhr**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.
Telefon. 901 82 45 65

Geheimdienste sind nicht reformierbar, sie müssen abgeschafft werden!

Seit mehr als einem halben Jahr bewegt die sogenannte **Ausspähaffäre die Öffentlichkeit. Massenhafte Überwachung verunsichert viele Menschen und gefährdet die Demokratie.**

Das freie Internet wird dazu missbraucht, Menschen ihrer Freiheit zu berauben, indem sie ausspioniert werden und - staatlich gebilligt - Missbrauch mit ihren persönlichen Daten betrieben wird. Dieser Angriff auf die Grundrechte wurde und wird seitens der vorherigen und bislang auch der neuen Bundesregierung mit Aussitzen, Verschleiern und Verharmlosen beantwortet.

Noch profitiert sie leider davon, dass viele Menschen glauben, wenn sie nichts zu verbergen hätten, seien sie nicht betroffen. Das ist ein Trugschluss, denn Überwachung in dem Ausmaß, wie sie gegenwärtig betrieben wird, braucht keinen Anfangsverdacht und keine Beweise mehr, sie wird zum Selbstzweck und ihre Ergebnisse fordern den Missbrauch geradezu heraus. Wer flächendeckend Daten sammelt und in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger eindringt, will einschüchtern und voraus-eilenden Gehorsam erzwingen. Edward

Snowden hat uns die Augen geöffnet, dass der Überwachungswahn ein globales Problem ist, keine Grenzen kennt und somit auch grenzüberschreitend bekämpft werden muss.

Wir haben es gegenwärtig mit verschiedenen Interessengruppen zu tun, die überwachen oder überwachen lassen. Da sind die Regierungen, die ein Interesse daran haben, ihre Bürgerinnen und Bürger zu kontrollieren und billigend in Kauf nehmen, dass deren Privatsphäre nicht länger geschützt bleibt. Da sind Unternehmen, die massenhaft Daten sammeln, um ihre Gewinne zu maximieren, und da sind Geheimdienste, die sich jeder wirksamen Kontrolle entziehen, stattdessen ein Eigenleben und eine ausufernde Paranoia entwickeln, in der jeder und jedem unterstellt wird, Staatsfeindin oder -feind zu sein, sein zu können oder vielleicht zu werden. Geheimdienste sind immer das Problem und nie die Lösung, wenn es darum geht, Sicherheit zu gewährleisten ohne die Freiheit zu gefährden. Deshalb müssen sie abgeschafft werden.

DIE LINKE wird weiterhin, gemeinsam mit außerparlamentarischen Initiativen



und den Bürgerinnen und Bürgern, gegen Vorratsdatenspeicherung, Online-Durchsuchungen und den Einsatz von Bundestrojanern kämpfen. Wir sind gespannt, wie der Europäische Gerichtshof in Sachen Vorratsdatenspeicherung entscheiden wird, auch wenn wenig Hoffnung besteht, dass er sie generell kippt. Umso wichtiger ist breiter gesellschaftlicher Widerstand dagegen, dass die gesamte Bevölkerung mit Billigung der Regierung unter Generalverdacht gestellt wird.

Halina Wawzyniak,
Netzpolitische Sprecherin der Fraktion
DIE LINKE im Deutschen Bundestag

Fortsetzung von Seite 1: Spandauer Straße 2: DIE LINKE für Erhalt

Tanznachmittage mit dem Alleinunterhalter Millow, das heitere Gedächtnistraining mit der Expertin Ilse Marie Wittig und die gemütliche Kaffeetafel bezahlen die Rentner aus eigener Tasche.

2013 wurde die beliebte Einrichtung vom Bezirksamt für ihr vielseitiges Angebot und das hohe Engagement ihrer ehrenamtlichen Mitarbeiter mit einer

Urkunde ausgezeichnet. Wie ein Donnerschlag wirkte dann wenige Monate später eine Vorlage des Bezirksstadtrats Stephan von Dassel (Bündnis 90/Die Grünen) zur Beschlussfassung, die Seniorenfreizeitstätte Spandauer Straße 2 zu schließen! Das Bezirksamt wolle das Angebot für Senioren „weiter qualifizieren“, heisst es zur Begründung – anderenorts

und unter „einem erfahrenen Träger“. Klartext: das Amt will die Einrichtung loswerden, die siebente und letzte, die dichtgemacht werden soll. „Dabei wird der Club Spittelkolonnaden als Alternative genannt, wo es doch Gerüchte gibt, dass der auch bald geschlossen werden soll“, moniert Dina Lask, die zu den Gründern des Treffs vor 20 Jahren und den ehrenamtlichen Betreuern gehört. „Und wenn die steile Rampe an den drei Stufen vom Fahrstuhl hoch zum Zwischengeschoss des Treffs durch eine längere, flache ersetzt werden würde, wäre auch das Schließungsargument ‚nicht barrierefrei‘ ad acta gelegt“, gibt die 84jährige frühere Lehrerin für Deutsch und Russisch zu bedenken.

Die 74- bis 92jährigen Besucher „unserer Freizeitstätte“ geben die Hoffnung nicht auf, haben Unterschriften gesammelt, wollen nicht freiwillig gehen. Sie haben sogar noch Vertrauen, dass das Bezirksparlament sich mehrheitlich für sie entscheidet.

Matthias Herold

TRANENPALAST präsentiert

neues.deutschland

Martin Buchholz

Ein kabarettistisches Lust- und Frustspiel

»Macht! Menschen«

Kabarett-Theater Distel Friedrichstraße 101 | 10117 Berlin

09.03. 18:00 Uhr & 23.03. 19:00 Uhr

Ticketline 030 204 47 04

www.traenenpalast.de www.distel-berlin.de

Wurde Ihr Haus verkauft?

Initiative gegen Gentrifizierung in Moabit

Die Bürgerinitiative „Wem gehört Moabit“ ist bereits im Februar 2010 gegründet worden.

Durch Fragebogenaktionen, interaktive Webformulare und über Veranstaltungen soll herausgefunden werden, welche Häuser Wohnungsgesellschaften, internationalen Fondsgesellschaften, Genossenschaften

Im vergangenen Jahr gingen die Teilnehmer immer wieder mit kleineren und größeren Aktivitäten an die Öffentlichkeit. Eine Veranstaltung mit Film und Diskussion zum Thema „Mietenstopp in Moabit“ im Februar war mit ca. 80 Leuten gut besucht und bereitete inhaltlich schon auf die Bezirkskonferenz „Strategien gegen



Foto: privat

Mieter organisieren sich gegen steigende Mieten in Moabit

oder Einzeleigentümern gehören oder wo eine Wohnungseigentümergeinschaft oder ein Hausprojekt gegründet wird.

Erfolgreich organisiert die Initiative nicht nur Befragungsaktionen, sondern auch Workshops und regelmäßige Treffen, bei denen Betroffene ihre Probleme schildern können. Hier sitzen alle gleichberechtigt zusammen, der Name des Treffens daher: „Runder Tisch gegen Gentrifizierung“.

Auf der Webseite von „Wem gehört Moabit?“ werden die Protokolle und sonstigen Informationen veröffentlicht.

Außerdem gibt es einen Mailverteiler mit mehr als 100 Einträgen für aktuelle Ankündigungen und Rundbriefe sowie eine kleine Koordinierungsgruppen-Mailingliste, über die, falls nötig, auch zwischen den Treffen Entscheidungen getroffen werden können. In die Koordinierungsgruppe kann sich jede/r eintragen, die oder der regelmäßig an den Treffen teilnimmt.

Verdrängung“ Anfang Juni vor, zu der über 100 Teilnehmer kamen. Dadurch konnte Druck in Richtung BVV und Senat aufgebaut werden, vor allem bei Fragen zu Milieuschutz und Umwandlungsverbot. Zu diesen Problemen wurde eine Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung durchgesetzt.

Im Herbst ist ein Infostand auf dem Turmstraßenfest organisiert worden, bei dem eine große Karte zu den Mietproblemen in Moabit stark erweitert werden konnte. Auch ein „Kiezspaziergang“ zu betroffenen Häusern fand statt.

Zur Erweiterung der Liste betroffener Häuser wird zurzeit daran gearbeitet, eine interaktive Karte von Moabit, eine „crowd map“ der Mietprobleme zu erstellen und im Internet anzubieten.

www.wem-gehoert-moabit.de

Rainer Scholz

Kurznachrichten

► Klarer Fall: Spitzenplatz für den Spatz

Der Haussperling hat bei der diesjährigen Winterzählung in Berlin wiederum den Spitzenplatz behauptet. Auf den zweiten Platz flatterte die Kohlmeise, gefolgt von der Blaumeise. Die Amsel, die deutschlandweit der zweithäufigste Vogel ist, schaffte es im winterlichen Berlin nur auf Rang vier. 1800 Berlinerinnen und Berliner haben ihre Beobachtungen mitgeteilt.

► Über wieviel Brücken darfst Du gehn?

Berlins Brücken sind in keinem guten Zustand. Sie brauchen sorgsamere Instandhaltung, wenn der Verkehr nicht eingeschränkt werden soll. Die Bauindustrie fordert, jährlich mindestens elf Brücken zu erneuern. In den nächsten zwei Jahren sind aber lediglich an fünf Brücken notwendige Arbeiten geplant.

► Azubis haben nicht genug zum Leben

Der deutsche Durchschnitts-Azubi ist 21 Jahre alt, hat Abitur und lebt von 574 Euro im Monat. Klingt doch ganz gut, nicht? Aber wie das so ist mit dem Durchschnitt – 62 Prozent der Auszubildenden können von ihrem Gehalt nicht leben. Das weist eine Studie der Uni Witten/Herdecke auf. Danach hat jeder Zehnte einen Nebenjob. Jeder Zweite bekommt einen Zuschuss von den Eltern. Und etwa jeder Sechste zehrt Erspartes auf.

► Machen wir doch unsere Stadt leiser!

Dafür erwartet die Umweltverwaltung des Senats die Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger. Bis zum 17. März können Hinweise gegeben werden, wo es besonders laut ist oder wo Lärm vermieden werden kann. Danach soll der Aktionsplan überarbeitet werden. Die Verbesserung der Fahrbahnoberflächen gilt als einer der Schwerpunkte.

Bei anderen gelesen

Menschen in Mitte

► **Denkmalschutz für „DDR-Prestigeprojekt“**

Die Siedlung am Ernst-Thälmann-Park im Prenzlauer Berg steht künftig unter Denkmalschutz. Sie wurde als „DDR-Prestigeprojekt“ eingestuft. Die Einwohner finden es gut. „Hier fühlen sich alle wohl“ lautet das Urteil über das Leben in dem Quartier. Die Mieten seien erschwinglich, die Fenster dreifach verglast und die Wände gut isoliert. Der Ernst-Thälmann-Park wird als Erinnerung an die DDR gebraucht. Denkmalschutz für ganze Ensembles aus der Zeit der DDR-Moderne – das ist ein neuer Trend in der Berliner Stadtentwicklung.

„Der Berliner Tagesspiegel“, 16.02.2014

► **Schulgründung im Wedding**

„Man müsste eigentlich...“ eine Schule gründen – im Berliner Wedding, für Migrantinnen und sozial Schwache. Eine mutige Idee von Fiona Brunk und Stefan Döring. Sie fingen einfach an mit ihrer eigenen Schule, im Sommer geht es los. In dieser Woche entscheiden sie, ob die Schule starten wird. Der Wedding gilt als sozialer Brennpunkt. Noch immer entscheidet die Herkunft über den schulischen Erfolg. Sie wollen sich um genau jene Schüler kümmern, die Lehrer woanders als Problemfälle aufgeben, weil sie glauben, dass jedes Kind Erfolg haben könnte. Beide haben den Praxistest längst hinter sich und unterrichteten als Teilnehmer des Programms „Teach First“ zwei Jahre lang an Schulen im Wedding. Sie merkten sehr schnell, dass die Rahmenbedingungen nicht stimmten. Im zweiten Jahr wurden die Schulen zusammengelegt. Nach einem halben Jahr saßen zwar noch keine Einserschüler vor uns, aber aus vielen Fünfern und Sechsern waren Vierer und sogar Dreier geworden, sagten sie.

„Die Zeit“, 14.02.2014

► **Politik als Idyll**

Die Abneigung der Deutschen gegen Politik und Parteien wird nur noch übertroffen von ihrem Glauben an den Staat. Die Sympathie für die große Koalition ist Ausdruck einer konsensorientierten und zutiefst unpolitischen Lebenshaltung. In der Bundesrepublik mit ihrer langen Tradition der Volksparteien, die gesellschaftliche Gegensätze schon in sich zum Ausgleich bringen, gehört es dagegen zum guten Ton, dass prinzipiell jede wichtige Partei mit jeder anderen kooperieren und notfalls auch koalieren kann.

„faz“, 01.12.2013

Zweites Zuhause mit Angelika Hoffmann

Beliebter Jugendclub in der Badstraße

In mitten der quirligen Gesundbrunnener Flaniermeile zwischen Döner-Center, Cafe „Anatolia“, üppigen südländischen Gemüseläden und Billigdiscountern ist auf einem Hinterhof etwas versteckt der Jugendclub Badstraße zu finden.

Vom Montag bis Freitag kommen täglich bis zu 50 Kinder und Jugendliche aus der Umgebung zum „Chillen“ in die Einrichtung des Bezirksamtes Mitte, was für sie Spielen, Sport, miteinander Reden und Lachen oder einfach nur Ausruhen von Schule, Lehre, Arbeit oder von Zuhause bedeutet.

Angelika Hoffmann ist für sie die Bezugsperson, die Vertraute, die immer da ist, wenn es Fragen oder Probleme gibt. Die fast 60jährige Erzieherin und ihr Kollege Tahsin San sind sozusagen für Stunden die Ersatzeltern für die Mädchen und Jungen aus Einwandererfamilien, in denen zu Hause kein Deutsch gesprochen wird und die oft von Hartz IV leben. „Unsere Eltern weisen uns einen Weg, hier werden uns mehrere Wege gezeigt, die wir ausprobieren können, und das ist richtig gut“, sagt die 16jährige Sadika. Deshalb kommt sie mit ihren Freundinnen fast jeden Tag in den Club.

„Unsere Besucher finden bei uns eine gewisse Intimsphäre, sie sind unter sich, keiner bevormundet jemanden, sie fühlen sich viel wohler als auf der Straße“, meint Angelika Hoffmann. Die gebürtige Neuköllnerin erlernte von der Pike auf die Kinder- und Jugendernährung, arbeitete fast 20 Jahre im Kinderheim „Frohsinn“, ein Jahr in einem Integrationskindergarten. 1993 wurde sie im Jugendclub in der Badstraße 10 angestellt. Damals war der noch im Vorderhaus des denkmalgeschützten Neobarockbaus. Im selben Jahr hatte die Gesamtschule dort den Namen Willy Brandts erhalten.

Das Jahr 2014 ist erst einmal finanziell gesichert

„Völlig verzweifelt mussten wir 2009 unseren beliebten Treff wegen Geldmangel schließen“, denkt Angelika Hoffmann zurück. „Nach zwei Jahren konnten wir dann zurückkehren, aber nur auf den Hinterhof, mit in die kleineren beiden Freizeiträume der Schule. Aber wenigstens gab es uns wieder!“



Mit Rat und Tat an der Seite der jungen Leute:
Angelika Hoffmann (Foto: M. Herold)

Inmitten eines sozialen Brennpunktes in Berlin können die jungen Leute Tischtennis oder Billard spielen, Musik hören, miteinander tanzen, Geburtstage feiern, haben ein zweites Zuhause. „Wir helfen, wenn wir darum ersucht werden, wir beraten, wenn wir gefragt werden – aber alles ganz freiwillig“, betont die staatlich anerkannte Erzieherin. Freie Mitarbeiter kommen ins Haus, um Anleitung beim Gitarre spielen und Trommeln zu geben. Oder sie organisieren Fußballspiele und Tenniswettkämpfe.

„Das Jahr 2014 ist finanziell gesichert“, betont Angelika Hoffmann. „Aber das Geld fehlt von vorn bis hinten.“ Die abgewetzten Sofas, der uralte Couchtisch müssten mal ersetzt werden, die Tonanlage erneuert. Wo andersorts in Berlin mit Prunk und Gigantismus nicht gespart wird, sind bei den Heranwachsenden Bescheidenheit und marode Ausstattung angesagt. Frau Hoffmann und Tahsin San wollen aber durchhalten, mindestens die Jahre noch bis zu ihrer Rente. Möge der Jugendclub Badstraße noch lange weiter existieren!

Matthias Herold

Stadtspaziergänge mit kritischem Blick

Alles fürs Volk?

Kinder spielen mit iPhone, iPad, Laptop, E-Book, Android Handy und so weiter, schaffen sich technisch versiert ihre mir fernstehende Nähe.

Noch vor kurzem meinte ich hochnäsiger, derlei kommunikative Plattform wäre überflüssig und ein Kaffeestauch in Mitte kein digitaler Spielplatz. Dann bekam ich meinen eigenen Zugang. Auch Facebook schien jedoch verloren, weil ich den Zettel mit Kenn- und Passwörtern, Fangfragen nach Spitznamen, Haustier und Zahlen verschmiss. Der Zettel tauchte wieder auf, Bahnreisen, Juvalis, Amazon, Bundestagspetitionen, Flüge, Sparkasse, Handy und mehr wieder erreichbar, doch iPad war bei Apple auf null zurückgesetzt worden. Die Re-Installation, tröstete der schmucke Mitarbeiter, ließe sich durch mich in 24 Stunden telefonisch erledigen. Und siehe da, eine muntere Telefonstimme klärte kostenfrei und überaus geduldig alles auf, auch die Wolke iCloud, in der alles, sogar meine Fotos, auf immer bewahrt seien.

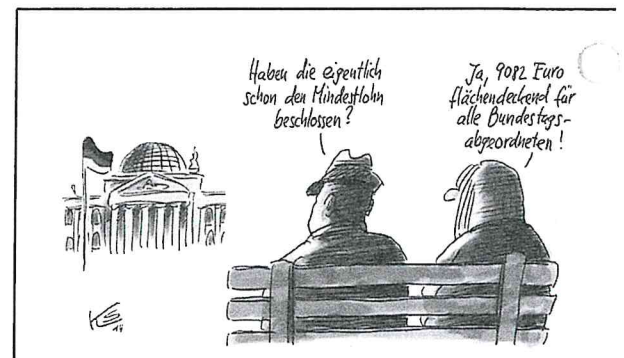
Ich fragte nicht, ob gut oder schlecht für die Menschheit, denn die Stimme leitete mich behutsam über alle Klippen. Das

Gelöschte wurde sichtbar, mein Kummer verfloß, es blieb beim Staunen über den virtuellen Spaziergang. Jetzt nehme ich Kinder, junge Männer und Frauen anders wahr, die gehend, sitzend oder stehend drücken, schieben, klicken, starren, lauschen und reden, die Augen konzentriert auf Samsungs, Apples oder Sonys gerichtet, manchmal den Pappbecher mit duftender Kaffeemischung in der anderen Hand. Ein wenig packt mich der Neid, freihändig spazierte ich trotzig und unbeachtet an ihnen vorbei, drehe den Kopf in alle Richtungen, sehe in Schaufenster und an den Häusern hinauf bis hoch in die Wolken des Himmels. Das Altern fordert mich nicht nur biologisch und chronologisch heraus, sondern auch kulturell.

Ohne Mühe amüsierte mich daher mehrmals das Foto in der Großen Hamburger Straße, das eine ganze Schaufensterscheibe bedeckt. Da spazierte forsch das weiland

mächtige Politbüro mit dem FDJ-Oberhaupt in den Staatsratssaal, an der Tür des Ladens zudem die Losung „Alles für das Volk“, erweitert durch ein „Endlich!“ Ein Moment der Zeitgeschichte spiegelt im Jahr 2014 noch das vis-a-vis Portal und Fenster vom Hedwigskrankenhaus. Wie und ob der Laden alsbald dem Werbeeinfall folgen wird, bleibt nun abzuwarten. Ein Kaufkraftüberhang ist nicht zu befürchten. Dem Volke historisch konkret zu entsprechen wäre die passende Lehre aus der Geschichte.

Irene Runge



Jay und der „Rote Stern Berlin“

Gemeinsam für die Förderung sozialer Beziehungen und gegen Diskriminierung

Der wirkliche Reichtum eines Menschen ist der Reichtum seiner wirklichen Beziehungen“, sagte schon Karl Marx.

Unsere zwischenmenschlichen Beziehungen und die Wertschätzung dieser gehören wohl zu einem der wichtigsten Aspekte unseres Lebens. Aktuelle Studien belegen, dass Menschen länger leben, je stärker und glücklicher ihre sozialen Bindungen sind. Doch wir festigen und verstärken unsere sozialen Kontakte nur, indem wir ständig bestrebt sind, etwas mit unseren Freunden und Bekannten zu unternehmen ...

Neben zahlreichen Informationsveranstaltungen, einer aktiven Box- und Schachgruppe hat der politische Sportverein „Roter Stern Berlin 2012 e.V.“ nun auch ein Jay-Team gegründet.

Es werden regelmäßig Spieletreffen in Berlin organisiert – mittlerweile in 7 Bezirken, darunter auch im Mehrgenerationenhaus Spittelkolonnaden in Mitte und

im Haus der Jugend Wedding.

Der Verein gibt damit vielen Menschen die Möglichkeit, sich in einer harmonischen Atmosphäre zu treffen, auszutauschen und ihren Kopf anzustrengen. Es wird das innovative Gesellschaftsspiel „Jay“ gespielt, dessen Ziel es ist, mit eigenen Karten ein optimales Flow-Erlebnis zu erzeugen. Flow bedeutet, vereinfacht gesagt, den Verlust des Zeitgefühls durch extrem spannende Aufgaben und Momente. Es ist das richtige Maß zwischen gefordert und gefördert werden, zwischen Anforderung und Fähigkeit.

Die SpielerInnen interagieren aktiv und beeinflussen mit Geschick und Geschwindigkeit das Spiel zu ihren Gunsten. Um dieses Flow-Gefühl zu befördern ist das Spiel in 15 Stufen unterteilt, wobei jede



Jay – mehr als nur ein Kartenspiel

Stufe neue Regeln und neue Möglichkeiten bietet. Damit ist der Langzeitspaß garantiert.

Besucht gern eines der Spieletreffen!
Eine aktuelle Übersicht gibt es hier:

www.roter-stern-berlin.com/kalender

Christian D. Starzew

Mitte angeblich ärztlich überversorgt

Studie belegt: Schließung des Hauses der Gesundheit gefährdet Patienten

Die Verlegung und Schließung des Hauses der Gesundheit durch den Klinikkonzern Sana wurde damit begründet, dass Mitte angeblich medizinisch überversorgt sei und der neue Standort in Marzahn unterversorgt.

Eine Studie im Auftrag der Kassenärztlichen Vereinigung widerlegt diesen Mythos. Wir zeigen die Ergebnisse im Detail:

Im Moment liegt der Versorgungsgrad mit Hausärzten um das Haus der Gesundheit im Planungsbereich Karl-Marx-Allee bei 100%. Der Versorgungsgrad gibt an, wie viele Ärzte da sind im Verhältnis zu der Anzahl an Ärzten, die da sein müssten um eine ausreichende medizinische Versorgung zu gewährleisten.

Bei einer Schließung sinkt der Versorgungsgrad auf 63,2%. Noch dramatischer sieht die Situation bei Fachärzten aus. Der Versorgungsgrad bei HNO-Ärzten würde

auf 65%, bei Augenärzten auf 51%, der von Neurologen auf 48%, bei Gynäkologen auf 41% und der von Urologen auf 17% sinken.

Hingegen würde im angrenzenden Umfeld in Marzahn (Planungsbereich Oberfeldstraße) der Versorgungsgrad von Hausärzten auf über 187% steigen.

Die meisten Patienten des Hauses der Gesundheit sind auch nicht in der Lage, weite Wege zurückzulegen. Doch selbst wenn sie es könnten, die meisten Ärzte in der weiteren Umgebung der Karl-Marx-Allee können aus terminlichen oder Budget-Gründen keine weiteren Patienten aufnehmen oder nehmen grundsätzlich keine Kassenpatienten auf.

Das heißt konkret: Bei einer Schließung des Hauses der Gesundheit in der Karl-Marx-Allee würden fast die Hälfte aller Anwohner Probleme kriegen, überhaupt einen Hausarzttermin zu bekommen,



geschweige denn einen Termin bei einem Facharzt. Sollten sie doch einen bekommen, müssten sie sich mit Terminen zufrieden geben, die weit in der Zukunft liegen. Weil die Lage so eindeutig ist, werden wir gemeinsam dafür kämpfen, die Schließung des Hauses der Gesundheit zu verhindern!

Die Studie ist in unserer Bezirks-geschäftsstelle oder auf Anfrage per E-Mail erhältlich.
Carola Bluhm

Regionen fördern – sozial, gerecht und nachhaltig!

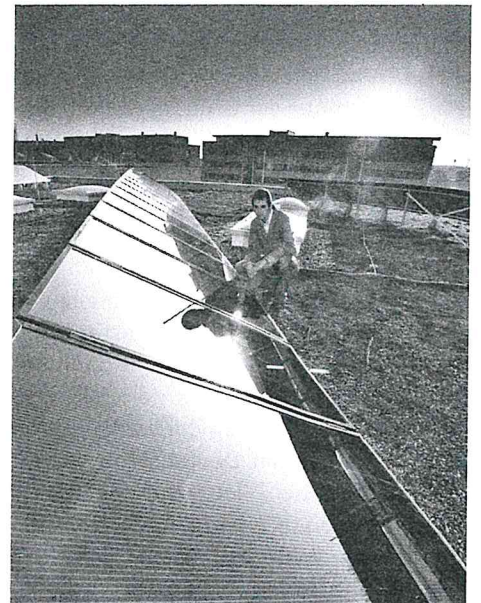
Wer hat bestimmt schon einmal die Hinweisschilder an Gebäuden oder Gewerbeparks oder im Internet gesehen: „Finanziert durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“.

Das bedeutet, dass in dem entsprechenden Bauvorhaben oder Projekt europäisches Geld steckt. Dafür gibt es auf europäischer Ebene den Fonds für Regionale Entwicklung und den Europäischen Sozialfonds. In den letzten zwanzig Jahren haben besonders die ostdeutschen Bundesländer stark von den EU-Fördermitteln profitiert: viele Projekte und Maßnahmen wie die Förderung der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, Forschung und Entwicklung, Infrastrukturaufbau, Schutz und Verbesserung der Umwelt, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Projekte zur Integration von Migranten wären so nicht möglich gewesen.

Im letzten Förderzeitraum 2007-2013 erhielt Deutschland ca. 23 Mrd. Euro, an

Ostdeutschland gingen 19 Mrd. Euro, an die westdeutschen Bundesländer 4,7 Mrd. Euro. In Deutschland legen die Landesregierungen in eigenen Entwicklungsprogrammen fest, wofür die Gelder konkret ausgegeben werden sollen. Das hat den Vorteil, dass die Akteure vor Ort oft besser wissen, wo eine Förderung notwendig ist, als die Bundesregierung oder gar die europäische Ebene. In den vergangenen Jahren ist die Fördermittelpolitik im Europäischen Parlament reformiert worden, und natürlich gab es dort Begehrlichkeiten von allen Seiten.

So wurde z.B. hart darüber diskutiert, was in Zukunft überhaupt noch gefördert werden darf. DIE LINKE hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass diese Entscheidung auch weiterhin zum großen Teil in den Regionen getroffen werden kann, weil dies immer besser ist, als wenn eine weit entfernte Zentrale darüber entscheidet. Die europäischen Fördergelder müssen kofinanziert werden, d.h. von deutscher Seite müssen bspw. 20 Prozent der



Solaranlagen, durch europäische Gelder finanziert

Kosten übernommen werden. DIE LINKE konnte gemeinsam mit anderen Fraktionen erreichen, dass dieser Kofinanzierungs-Anteil für die ostdeutschen Bundesländer nicht signifikant steigt, sondern auf einem Niveau bleibt, der die Projektträger nicht überfordert.

Manuela Kropp

Das ist das Letzte

Die deutschesten Deutschen an den Stammtischen von Flensburg bis Garmisch riefen „Hurra!“ Bundesprediger Gauck hatte auf der Münchener Wehrtagung geröhrt: Deutschland muss endlich wieder in die Welt hinaus! Größe ist Verantwortung und verlangt Einmischung – politisch, ökonomisch und auch militärisch!

„Miss Stahlhelm“ flog gleich nach Afghanistan und fragte, ob die Patronen reichen und ob noch ein Bunker für die Kita und die Mammis frei wäre. Sie versprach bessere Ausrüstung für die Exkursionen der Bundeswehr auf allen Kriegsschauplätzen.

Frau Merkel besorgte Klitschko mehr Pulver für die Bohrlöcher in Kiew. Herr Steinmeier sieht neue Pflichten in Afrika. „Es braust ein Ruf wie Donnerhall – wir Deutschen siegen überall!“ So klang es 1914 und 1939 als Deutschland zwei Weltkriege losgetreten hatte und dafür am Ende arg bestraft wurde. Aber schließlich hatten auch die verlorenen Schlachten die Gewinne der Börse enorm gestärkt. So konnten die Siegermächte schnell wieder eingeholt werden, erst ökonomisch, inzwischen auch wehrtechnisch.

Es fehlte nur das politische Bekenntnis, wie eine Großmacht dazwischen zu hauen. Das gelang im Balkan, auch ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates. Inzwischen unter wechselnden Fahnen mit Zustimmung der Grünen, Gelben und Rosanen im Bundestag. Nur kam es hinterher nirgends zu Frieden, Demokratie und Wohlergehen. Nur zu Elend, Chaos und Korruption, bei etwas mehr Trinkwasser und Notstrom.

Kann ja sein, dass Banden und Rebellen ein Land verwüsten und mit harter Hand getrennt werden müssen. Aber dann mit Blauhelm nach Beschluss der UNO und nicht nach den Gelüsten der Weltkonzerne und Banken. Wenn Deutschland wieder nach dem Motto: „Viel Feind – viel Ehr!“ regiert werden soll, waren die 65 Millionen Toten beider Weltkriege umsonst. Und das waren keine Zahlen vom ADAC!

Arthur Paul

Die Mittendrin jetzt auch
Online erleben:

- www.die-linke-mittendrin.de
und auf Facebook unter
- www.facebook.com/linke.md

Erhellend: „Der blinde Fleck“

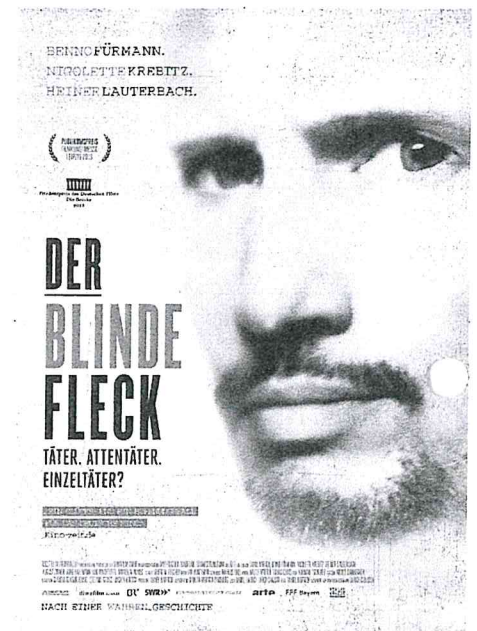
Seit 23. Januar läuft „Der blinde Fleck“ in den Kinos – ein sehenswerter Film über die Ermittlungen zum Oktoberfestattentat 1980.

Schon zu Beginn ein Schocker: Herbst 1980, Strauß gegen Schmidt – so emotional kann Wahlkampf sein? Dann der Knall der Bombe auf dem Oktoberfest, 13 Tote, Dutzende Schwerverletzte und chaotische Ermittlungen in den Tagen danach. War's die RAF? Oder die rechtsextreme „Wehrsportgruppe Hoffmann“, die der bayerische Staatsschutz irgendwie übersehen haben muss? „Lassen Sie sich was einfallen!“, bellt ein genervter Kanzlerkandidat Strauß den bayerischen Staatsschutzchef Dr. Langemann an. Der geht in sich und kurze Zeit später laufen die Dinge genau so, wie sie in dessen Dissertation „Das politische Attentat“ beschrieben werden.

Offiziell war es ein „frustrierter Einzeltäter mit Allgemeinhass“. Ulrich Chaussy (gespielt von Benno Fühmann), Journalist des Bayerischen Rundfunks, glaubt nicht an die Einzeltäterthese und ermittelt auf eigene Faust. Ungereimtheiten treten zutage: auffallend früh informierte Journalisten, eine abgerissene Hand, die zu keinem der Opfer passt, verschwindende Dokumente, Schweigen, Mauern, Vertuschungen. Chaussy kommt in seinen Recherchen kaum voran und ist erst zu bremsen, als seine Familie bedroht wird. Wer wissen will, wer letztlich für das Attentat verantwortlich war, wird enttäuscht.

Doch der Film erzählt eine Menge über den Zusammenhang von Politik, Staatsschutz und willfährigen Pressevertretern, die in ihrer

gegenseitigen Abhängigkeit einen Ring des Schweigens aufbauen. Erst gegen Ende der 90 Minuten zeigt sich, wie aktuell der Film ist. Zeitsprung: 2011 erfährt die Öffentlichkeit vom NSU. Für viele zeigt sich der Rechtsterror



zum ersten Mal nach 1945. Für Chaussy ist es dagegen ein Déjà-vu-Erlebnis.

Wieder die Frage: „Hatte der Verfassungsschutz mit seinen V-Leuten die rechte Szene nicht im Griff?“ Oder allgemeiner: „Ist er symptomatisch, der blinde Fleck?“ Der Film läuft z. B. im Kant-Kino (Charlottenburg) oder in der Passage (Neukölln).

André Ullmann

Wir gratulieren im März zum Geburtstag!

- Zum 89. Hein Grote, Gertraud Rädler
- zum 87. Vera Singer
- zum 86. Victor Grossmann,
Helmut Hauptmann
- zum 85. Günter Böhle, Edith Immig,
Harald Kehr, Dieter Langhoff,
Ingeborg Langner, Marianne
Muderack, Ilse Pargmann
- zum 84. Eleonore Baumann, Anneliese Kolin
- zum 83. Rolf Gapp, Karl-Heinz Neubauer
- zum 82. Georg Breden, Gisela Meier
- zum 81. Edith Angermüller, Werner Krecek
- zum 80. Rolf Krug, Brigitte Lupp, Vera Reuß,
Fritz Wengler
- zum 75. Gerda Daenecke-Hohmuth,
Ingrid Gohritz, Anne-Dore Zachrau

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Metzler/Druckerei Bunter Hund, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 25.02.2014

Ausgabetag für Nr. 04/2014 – 03.04.2014